

# Mesut Yilmaz ausladen- keine Gastprofessur an der RUB!

*Ab dem 14. Mai diesen Jahres wird der ehemalige türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz in Bochum Veranstaltungen zu Themen wie „Die Türkei und Europa“ und „Politische Entwicklungen im Mittelmeerraum“ abhalten – im Rahmen einer zweiseimestrigen Gastprofessur der Fakultät für Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität. Yilmaz, zwischen 1991 und 1998 mit Unterbrechungen dreimal Ministerpräsident der Türkei und anschließend Stellvertreter des neuen Ministerpräsidenten Ecevit, war verstrickt in Menschenrechtsverletzungen, Folter und das organisierte Verbrechen.*

Während die Fakultät "die einzigartige Chance [...] einen hervorragenden Experten für die Schlüsselfrage der internationalen Politik in Europa, nämlich die Beziehungen zur Türkei und zum Mittelmeerraum, zu gewinnen," sieht, so die Dekanin Prof. Dr. Ilse Lenz, fordern wir seine sofortige Ausladung, da es außer Frage steht, dass Yilmaz eine Mitschuld für die während seiner Amtszeit als Ministerpräsident begangenen Verbrechen trifft. In seiner Regierungszeit wurden ca. 4.5000 kurdische Dörfer zerstört, etwa 5 Millionen KurdInnen vertrieben sowie 60.000 politische Gefangene interniert, viele vergewaltigt, gefoltert. Hunderte Intellektuelle und WissenschaftlerInnen wurden verhaftet, Presse- und Meinungsfreiheit stark eingeschränkt - allein während der neunziger Jahre verloren 30.000 Menschen ihr Leben im Krieg des türkischen Militärs gegen die Bevölkerung in den kurdischen Provinzen der Türkei, Unzählige wurden verletzt. Hierfür trägt Mesut Yilmaz zumindest eine politische und moralische Verantwortung.



## Verantwortung

Noch im März 1996 bekannte er sich in einer Regierungserklärung ausdrücklich zur Fortsetzung des Krieges gegen die Kurden. In seiner Amtszeit fanden zahlreiche Prozesse und ungeklärte Attentate gegen MenschenrechtaktivistInnen statt. Stellvertretend sei hier nur der Prozess gegen den Menschenrechtsaktivisten und Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, Akin Birdal, genannt, der kurz nach einem auf ihn verübten Attentat, welches er schwerverletzt überlebte, in Haft genommen und zu einer hohen Strafe verurteilt wurde. Yilmaz, der zum Zeitpunkt der Festnahme Birdals noch Vizeministerpräsident war, war am Tag der Verurteilung gegen Birdal bereits Ministerpräsident der Türkei. Allein während seiner Amtszeit im Jahre 1998 wurden 2.500 Klagen gegen türkische staatliche Stellen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, mehrfach wurde die Türkei vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Dies ist auch vielen PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen bekannt. So protestiert die ehemalige niedersächsische Justizministerin und jetzige SPD-Landtagsabgeordnete Heidi Merk mit einem Brief an den Rektor der Ruhr-Universität, in dem sie unter anderem schreibt: „[...] mit tiefer Betroffenheit habe ich zur Kenntnis genommen, dass Ihre Universität beabsichtigt, Herrn Mesut Yilmaz eine Gastprofessur anzutragen. Meine Betroffenheit rührt aus sehr profunder Kenntnis seiner Regierungspolitik zwischen 1991 und 1998 bzw. seinen geäußerten Auffassungen im türkischen Parlament.“ Sie fordert ebenfalls auf Grund seiner Verstrickungen in Menschenrechtsverletzungen die sofortige Ausladung von Yilmaz. Dafür spricht auch die Tatsache, das Yilmaz sein Amt 1998 wegen Verbindungen zum organisierten Verbrechen niederlegen musste.